

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Elisabeth Bröskamp und Anne Spiegel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 2815** vom 13. November 2014 hat folgenden Wortlaut:

Kinderschutzdienste stellen ein niedrigschwelliges Angebot an Kinder und Jugendliche dar, die von sexualisierter Gewalt oder Misshandlung bedroht oder betroffen sind. Sie bieten Kindern und Jugendlichen die erforderlichen Hilfen zur Abwehr weiterer Gefährdung, zum Schutz vor Wiederholung, zur Verarbeitung traumatischer Erlebnisse und zur Heilung der erlittenen seelischen und körperlichen Verletzungen. Dabei steht das Kind oder der Jugendliche und dessen Unterstützung im Mittelpunkt. Der Schwerpunkt der Arbeit der Kinderschutzdienste liegt im Opferschutz, nicht in der Straftäterverfolgung. Allerdings bieten die Kinderschutzdienste Unterstützung und Begleitung für die minderjährigen Zeuginnen und Zeugen an, sollte es zum Strafprozess kommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. In welchen Kommunen in Rheinland-Pfalz gibt es einen Kinderschutzdienst und wer sind die jeweiligen Träger?
2. Welchen Personalschlüssel haben die jeweiligen Kinderschutzdienste (bitte nach Kommunen aufgeschlüsselt)?
3. Welche Unterstützungsangebote existieren in den Kommunen, in denen kein eigener Kinderschutzdienst vorhanden ist?
4. In welchen Kommunen gibt es vor Ort koordinierende Unterstützungsgremien wie Runde Tische oder ähnliche Einrichtungen?
5. Wie hoch sind die Beratungsfallzahlen nach jeweiligem Kinderschutzdienst aufgeschlüsselt?
6. Welche Kosten hat das Land für die Kinderschutzdienste in den letzten fünf Jahren übernommen (bitte pro Jahr angeben)?
7. Welche Kosten tragen die Kommunen bzw. die Träger (bitte für die letzten fünf Jahre angeben)?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. Dezember 2014 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Bezeichnung der Kinderschutzdienste (KSD), ihre Träger und Standorte sowie die Kommunen, auf die sich ihre Zuständigkeit erstreckt.

KSD	Träger	Standort des KSD	Zuständige Kommunen	
Westeifel	Caritasverband Westeifel e. V.	Bitburg Daun	Eifelkreis Bitburg-Prüm	Kreis Vulkaneifel
Trier	DKSB – Orts- und Kreisverband Trier e. V.	Trier	Stadt Trier	Kreis Trier-Saarburg
Landau	DKSB – Kreisverband Landau SÜW e. V.	Landau	Stadt Landau	Kreis Südl. Weinstraße
Westerwald	DRK – Landesverband	Hachenburg	Westerwaldkreis	–
Kirchen	Kinder in Not e. V.	Kirchen	Kreis Altenkirchen	–

KSD	Träger	Standort des KSD	Zuständige Kommunen	
Germersheim	Caritasverband für die Diözese Speyer e. V.	Germersheim	Kreis Germersheim	–
Pirmasens		Pirmasens	Stadt Pirmasens	Kreis Südwestpfalz
Speyer/Rhein-Pfalz-Kreis		Speyer Limburgerhof	Stadt Speyer	Rhein-Pfalz-Kreis
Grünstadt KSD-Verbund Neustadt/Bad Dürkheim	Diakonisches Werk der Ev. Kirche der Pfalz	Grünstadt	Kreis Bad Dürkheim	–
Neustadt KSD-Verbund Neustadt/Bad Dürkheim		Neustadt an der Weinstraße	Stadt Neustadt	–
Rhein-Lahn	Caritasverband Westerwald-Rhein-Lahn e. V.	Lahnstein	Rhein-Lahn-Kreis	–
Neuwied	Heilpädagogisch-Therapeutisches Zentrum gGmbH	Neuwied	Stadt Neuwied	Kreis Neuwied
Ludwigshafen	DKSB – Ortsverband Ludwigshafen e. V.	Ludwigshafen	Stadt Ludwigshafen	–
Koblenz	DKSB – Kreisverband Koblenz	Koblenz	Stadt Koblenz	Kreis Mayen-Koblenz
Worms	ASB – Kreisverband Worms/Alzey	Worms	Stadt Worms	–
Stadt Kaiserslautern/ Donnersbergkreis	SOS-Jugendhilfezentrum	Kaiserslautern	Stadt Kaiserslautern	Kreis Donnersbergkreis
Landkreis Kaiserslautern/ Landkreis Kusel KSD-Verbund Nordwestpfalz	SOS-Jugendhilfezentrum	Kaiserslautern	Kreis Kaiserslautern	Kreis Kusel

Zu Frage 2:

Der Personalschlüssel für die vom Land Rheinland-Pfalz geförderten Kinderschutzdienste liegt gemäß den Förderkriterien zwischen 1,5 bis 2,0 Fachkraftstellen. Die Übersicht gibt den Umfang der beantragten und vom Land bewilligten Fachkraftstellen wieder.

	Stellen
KSD Westeifel:	1,5
KSD Trier:	2
KSD Landau:	2
KSD Westerwald:	2
KSD Kirchen:	2
KSD Germersheim:	2
KSD Pirmasens:	2
KSD Speyer/Rhein-Pfalz-Kreis:	2
KSD Grünstadt:	1,75
KSD Neustadt:	1,5
KSD Rhein-Lahn:	1,83
KSD Neuwied:	2
KSD Ludwigshafen:	2
KSD Koblenz:	2
KSD Worms:	2
KSD Stadt KL/Donnersbergkreis:	2
KSD Kreise KL + Kusel:	2

Zu Frage 3:

Die Jugendämter haben im Rahmen ihrer Gesamtverantwortung nach § 79 Aches Buch Sozialgesetzbuch die Aufgabe dafür zu sorgen, dass die erforderlichen und geeigneten Einrichtungen und Dienste rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund haben sich in den Kommunen unterschiedliche Unterstützungsstrukturen für Kinder und Jugendliche, die von sexualisierter Gewalt und Misshandlung bedroht oder betroffen sind, herausgebildet. Zu dieser Struktur gehören Angebote der Frühen Hilfen ebenso wie die der Erziehungs- und Familienberatung.

Hinzu kommen auch beispielsweise die Angebote eines Kinderschutzzentrums sowie der zwölf rheinland-pfälzischen Notrufe als Anlaufstellen bei sexualisierter Gewalt für Mädchen und Frauen.

Die spezielle Struktur der Kinderschutzdienste als niedrigschwellige Beratung und Begleitung von Jungen und Mädchen im Kindes- und Jugendalter ist für Rheinland-Pfalz verankert im Landesgesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Hier regelt § 23: „(1) Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe legt im Rahmen seiner Jugendhilfeplanung ein ausreichendes Hilfeangebot zum Schutz vernachlässigter, misshandelter oder sexuell ausgebeuteter Mädchen und Jungen fest. Die Jugendhilfeplanung sieht die Einrichtung von Kinderschutzdiensten und anderen geeigneten Fachdiensten vor; ihre Aufgabe ist es, Mädchen und Jungen, die Opfer von Vernachlässigungen, Misshandlungen oder sexueller Ausbeutung werden, die erforderlichen Hilfen zum Schutz vor weiteren Gefährdungen, zur Verarbeitung ihrer Erlebnisse und zur Heilung erlittener seelischer und körperlicher Verletzungen zu leisten oder zu vermitteln.“

Zu Frage 4:

Die Jugendämter haben nach dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit die verbindliche Aufgabe, lokale Netzwerke aufzubauen. Ziel der lokalen Netzwerke ist es, durch die Sicherstellung einer rechtzeitigen Förderung und Hilfe einen wirksamen Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung zu erreichen (§ 3 Abs. 1 Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit). Im Rahmen der lokalen Netzwerke haben die Jugendämter die Aufgabe alle Einrichtungen und Dienste, die einen Beitrag für einen wirksamen Kinderschutz leisten können, einzubinden. Die Jugendämter müssen mindestens einmal im Jahr zu einer lokalen Netzwerkkonferenz einladen. In allen Kommunen von Rheinland-Pfalz bestehen solche lokalen Netzwerke. Nach Einschätzung der Landesregierung haben sich die lokalen Netzwerke gerade als Orte der interdisziplinären Verständigung und auch Planung von Angeboten und Hilfestrukturen entwickelt. Das 2012 in Kraft getretene Bundeskinderschutzgesetz unterstützt die in Rheinland-Pfalz bereits 2008 in Gang gesetzten Entwicklungen durch das Landeskinderschutzgesetz.

Zusätzlich existieren im Rahmen des rheinland-pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) 22 Regionale Runde Tische, an denen auch die Kinderschutzdienste und weitere Kinderschutzeinrichtungen mitarbeiten. Im Zentrum der Arbeit dieser Runden Tische stehen die Koordinierung und Vernetzung der staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen vor Ort. Sie sind besetzt mit Vertreterinnen und Vertretern von Polizei, Justiz, Frauenhäusern, Notrufen, Interventionsstellen, Sozial- und Jugendämtern, Erziehungsberatungsstellen, Täterarbeitseinrichtungen, dem Weißen Ring, den Gleichstellungsbeauftragten und den Kinderschutzeinrichtungen. Diese Runden Tische sind angesiedelt in Mainz, Worms, Speyer, Birkenfeld, Alzey, Landau, Pirmasens, Ludwigshafen, Frankenthal, Neustadt, Trier, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Koblenz, Simmern, Mayen, Bad Kreuznach, dem Donnersbergkreis sowie im Bereich Rhein-Pfalz-Kreis, in der Region Rhein-Westerwald (für die Landkreise Westerwald, Altenkirchen und die Stadt und den Landkreis Neuwied), in der Region Eifel (der die Landkreise Daun, Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich einbezieht), im Kreis Cochem-Zell sowie in Kaiserslautern.

Zu Frage 5:

Die im Folgenden dargestellten Fallzahlen beziehen sich auf das Jahr 2012, da die Auswertung der Jahresberichte der Kinderschutzdienste für das Jahr 2013 noch nicht vorliegt.

KSD	Kurzberatungen (d. h. bis zu drei Beratungskontakte)	Fallberatungen	Fachberatungen und Beratungen nach § 8 a SGB VIII
KSD Westeifel	76	76	105
KSD Trier	71	56	15
KSD Westerwald	48	52	59
KSD Kirchen	33	84	49
KSD Germersheim	28	103	67
KSD Pirmasens	15	89	23
KSD Speyer/RP	21	58	34

KSD	Kurzberatungen (d. h. bis zu drei Beratungskontakten)	Fallberatungen	Fachberatungen und Beratungen nach § 8 a SGB VIII
KSD Grünstadt	21	127	50
KSD Neustadt			
KSD Rhein-Lahn	22	52	51
KSD Neuwied	72	61	54
KSD Ludwigshafen	38	91	29
KSD Koblenz	64	71	9
KSD Worms	24	88	50
KSD Stadt KL/Donnersbergkreis	29	257	31
KSD Kreise KL + Kusel			

Anmerkung: Die Zahlen der beiden KSD-Verbünde Neustadt/Bad Dürkheim und Nordwestpfalz wurden gemeinsam erhoben.

Zu Frage 6 und Frage 7:

Die Finanzierung der Kinderschutzdienste in den letzten fünf Jahren durch Land, Kommunen und Träger ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

Jahr	Land	Kommune(n)	Träger
2009	669 126,54	1 117 911,42	226 617,12
2010	720 512,83	1 180 215,73	311 507,52
2011	788 135,13	1 259 793,77	439 110,08
2012	748 544,25	1 290 809,66	366 501,75
2013	767 949,06	1 259 531,28	417 725,91

Die endgültigen Zahlen für das Jahr 2014 liegen noch nicht vor.

Irene Alt
Staatsministerin